

ttet nnis



Peter V. Kunz erklärt, wie das Bankgeheimnis für Schweizer zu retten wäre.

Die Bankvereinigung und die Politik. Beide sind immer noch rückwärtsgewandt. Sobald es ums Bankgeheimnis geht, gehen sie reflexartig in Abwehrstellung. Darum wollen sie den Informationsaustausch blockieren. Ich sehe aber nicht ein, warum sie die Probleme des Auslands lösen wollen!

Christian Wanner, Präsident der kantonalen Finanzdirektoren, befürchtet, der automatische Informationsaustausch käme dann auch im Inland.

Auch Wanner argumentiert reflexartig. Weil er Angst hat, dass das fiskalische Bankkundengeheimnis auch in der Schweiz zusammenbricht.

Stimmt das nicht?

Nein, das ist eine Fehlüberlegung. Das Bankgeheimnis im Inland wäre nicht betroffen. Wir haben die Tradition der Selbstdeklaration und Sicherungsmechanismen wie die Verrechnungssteuer. Es gibt keine Notwendigkeit, Inlandkunden in dieser Frage gleich zu behandeln wie Auslandskunden. Dies wäre politisch auch gar nicht mehrheitsfähig.

Der automatische Infor-

mationsaustausch mit dem Ausland rettet also das Bankgeheimnis für die Schweizer?

Das ist genau so. Das fiskalische Bankkundengeheimnis ist tot – es lebe das Bankkundengeheimnis im Inland.

Wie muss die Schweiz vorgehen?

« Klar ist: Der automatische Informationsaustausch wird kommen. »

Klar ist: Der automatische Informationsaustausch wird kommen. In fünf Jahren ist er da, würde ich sagen. Statt immer nur zu reagieren wie bisher, muss die Schweiz jetzt endlich strategisch nach vorne schauen. Sie muss den Informationsaustausch offerieren, dann haben wir weniger Probleme mit dem Ausland, insbesondere mit der EU. Und wir können über die Ausgestaltung mitreden.

Was gibt es denn da auszugestalten?

Welche Informationen geliefert werden, ist nicht klar geregelt.

Das können die Jahresinformationen mit allen Transaktionen sein. Oder wie in der Schweiz nur der Abschluss mit Zins und Erträgen. Jetzt können wir da noch mitreden. Wenn wir warten, werden wir in fünf Jahren wieder



die Letzten sein. Und dann entscheiden EU, OECD und Nachbarländer darüber, was wir zu liefern haben.

Wie würden Sie genau vorgehen?

Zum Beispiel: Ab 1. Januar 2015 liefert die Schweiz sämtliche neuen Informationen. Wer Altgeld hat, kann in Amnestieprogramme gehen. Er kann die Abgeltungssteuer wählen, wenn es die für das betreffende Land gibt. Oder er kann sein Geld nach Singapur bringen. Dafür hat er zweieinhalb Jahre Zeit. Das ist doch fair! Und wenn es stimmt, was die Banken immer

sagen, dass es in der Schweiz gar nicht so viel Schwarzgeld gibt, dann frage ich mich: Wo liegt das Problem?

Im Steuerstreit mit Deutschland zeichnet sich eine Einigung ab, nachdem die Schweiz Ja sagt zu höheren Abgeltungssätzen für unbesteuerter Gelder.

Ich ging immer davon aus, dass Deutschland das Abkommen zuletzt durchwinken wird. Aus einem einfachen Grund: Man will Geld, man will keine Informationen. Die Abgeltungssteuer ist positiv für Deutschland. Entscheidend für die Schweiz ist: Deutschland muss bestätigen, dass das Abkommen abgeltende Wirkung hat.

Was heisst das?

Wenn der deutsche Steuerbürger die anonyme Variante wählt, muss sicher sein, dass er damit seine Steuerpflicht erfüllt hat. Falls Deutschland diese Abgeltungswirkung rauskippen will, wie Vertreter von Rot-Grün das möchten, dann ist das Abkommen gestorben. Dann fährt die Schweiz besser ohne Abkommen.

*Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz (47) ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung an der Universität Bern. Er sass für die FDP im Solothurner Kantonsparlament und gehört zu den profiliertesten Wirtschaftsrechtlern der Schweiz.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Neuer Bundesanwalt plant Reorganisation

Bern – Nach drei Monaten im Amt will Bundesanwalt Michael Lauber vor allem die Unabhängigkeit der Behörde stärken. Priorität hat die organisierte Kriminalität. Im Visier hat er vorab die italienische Mafia.

Hört Blocher als SVP-Vizepräsident auf?

Bern – Die SVP-Parteileitung diskutiert eine Neuorganisation. Für das Vizepräsidium interessieren sich neu Oskar Freysinger (VS), Luzi Stamm (AG) und Judith Uebersax (SZ). Ob Christoph Blocher weiterhin Vizepräsident und Strategiechef bleibt, ist ebenfalls Thema der Umstrukturierung.

Sawiris' Orascom macht 70 Millionen Verlust

Zürich – Der Arabische Frühling hat den auch in Andermatt UR tätigen Bau- und Hotelkonzern Orascom eiskalt erwischt. Die poli-

tischen Unruhen in Ägypten vertrieben Touristen und führten bei Samih Sawiris' Unternehmen zu einem Verlust von 69,7 Millionen Franken.

800 Milliarden für den Euro-Rettungsschirm

Kopenhagen – Die Brandmauer gegen eine Ausweitung der Euro-Krise wird massiv aufgestockt. Die Finanzminister der Euro-Gruppe verständigten sich bei ihrem Treffen in Kopenhagen darauf, die Gesamtkapazität der Rettungsschirme vorübergehend auf 800 Milliarden Euro zu erhöhen.

Zahl des Tages

21
Jahre

So lange hält sich ein Konzernchef beim weltgrössten Autozulieferer Robert Bosch durchschnittlich im Amt. Im Juli erhält die deutsche Firma ihren siebten Chef seit 1886.



Der Führer der islamistischen «Ritter des Stolzes» wird verhaftet.

Islamisten in ganz Frankreich in Haft

Paris – Seit den Morden von Toulouse bestimmt das Thema Sicherheit den französischen Wahlkampf. Gestern zeigte Präsident Nicolas Sarkozy, welche Handlungsmöglichkeiten er hat: **19 Personen wurden gleichzeitig im ganzen Land festgenommen. Alle gelten als islamistische Extremisten.** Zwar werden sie nicht als direkte Komplizen bei Mohammed Merahs Morden verdächtigt, hatten aber womöglich ideologische Verbindungen zum Kinder-Killer, der vorige Woche in einer Polizeiaktion erschossen worden war.

Etliche Personen wurden jetzt im Toulouser Mirail-Viertel verhaftet, wo Merah und sein ebenfalls verhafteter Bruder lebten. Verhaftungen gabs auch in Nantes, wo das Zentrum von «Forsane Alizza» (Ritter des Stolzes) war. Die salafistische Gruppe wurde schon früher vom Innenministerium verboten. Merah hatte aber wohl mit ihnen zu tun. **«Es ist unsere Pflicht, die Sicherheit des Volkes zu garantieren»**, sagte Sarkozy. «Denn das Trauma von Toulouse ist vergleichbar mit dem amerikanischen Trauma nach dem 11. September.»

Freisinnung wieder eine Zukunft

Blocher stärken! SVP wählen!



Die SVP unter Blocher griff die FDP von rechts an und überholte sie.

Liberalismus vorheucheln und ihn gleichzeitig rechtspopulistisch einkleiden.

Aber auch die Grünen liberalen ziehen Gewinn vom absaufenden FDP-Segelboot im Wassersog des SVP-Tankers. **Sie holen nämlich genau diejenigen liberal gesinnten Wähler ab**, die der volks-

schlimmer noch, sie bleibt im Stromwasser der SVP hängen und kann so keine eigenen Akzente setzen. **Grotesk dabei ist, dass von dieser Allianz nur die SVP profitiert.** Dank ihrer Partnerschaft mit der FDP kann sie

Was tun also? Vielleicht müsste die FDP nochmals über die Bücher und **den Begriff der Freiheit, der ihr so sehr am Herzen liegt, weniger mit der wirtschaftsliberalen und mehr mit der republikanischen Brille lesen.** Das bedeutet, dass sie das Wort «Gemeinwohl» wieder ins eigene Vokabular aufnimmt und die privaten Interessen und Egoismen der Geldelite, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, in den Hintergrund stellt.

Nicht schaden kann zudem eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Tradition. All das

bedingt aber ein Umdenken in den Reihen der FDP. Schafft sie es nicht, sich von ihrem jetzigen wirtschaftsliberalen Kurs zu emanzipieren und eine kritische

Krise ist, wenn das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren ist.

innere Debatte über die eigenen politischen Werte und Ideale zu lancieren, droht sie im Schatten der SVP vollends zu versinken.

Eine Neuorientierung scheint jedoch im Gang zu sein. Die Fusion im Jahr 2009 mit den Westschweizer Liberalen, die für den politischen Liberalismus

der 1848er-Generation einstehen, weckt Hoffnung auf einen sozialeren Freisinn. **Die Oltner Tagung von letzter Woche hat erste schüchterne Anzeichen einer Grundsatzdiskussion über die politische Identität und Zukunft des Freisinns erkennen lassen.**

An der Parteispitze löst unterdessen ein Aargauer Gipser den etwas gar bankenfreundlichen Anwalt aus dem Tessin ab und setzt die Interessen des Mittelstandes zuoberst auf seine Agenda.

Diese Entwicklungen zeigen, dass sich in der FDP etwas regt und dass ihre politische Krise

nicht mehr mit faulen Ausreden zugedeckt werden kann.

Sollte sich der Freisinn zuletzt sogar bewusst werden, dass eine Krise gerade dann ist, wenn das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren werden kann, dann ist es ihm zu wünschen, dass er gute Geburtshelfer in den eigenen Reihen findet.



*Angelo Maiolino (36) war Dozent und wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für politische Philosophie der Universität Zürich. Letzten Herbst ist sein Buch «Als die Italiener nach Tschinggen waren» im Rotpunktverlag erschienen.

Ende

Fotos: Keystone, Reuters, ZVG